

Liestal, 9. November 2016/Ref

Stellungnahme

Landratssitzung vom **14. und 15. Dezember 2016**; Traktandum **22**

Vorstoss Nr. **2016/281** – Postulat von **Reto Tschudin**

Titel: **Zusammenführung von Fachstellen**

1. Antrag

- Vorstoss entgegennehmen und zur Abschreibung beantragen
- Vorstoss ablehnen
- Motion als Postulat entgegennehmen
- Motion als Postulat entgegennehmen und zur Abschreibung beantragen

Parlamentarische Initiative wird zur Überweisung empfohlen / nicht empfohlen.

2. Begründung

Der Postulant bittet den Regierungsrat direktionsübergreifend zu prüfen, welche Fachstellen zusammengelegt und damit punkto Personalkosten reduziert werden können.

Der Regierungsrat zeigt im [AFP 2017 - 2020](#) auf, dass er mit der Umsetzung der Strategiemassnahme DIR-WOM-2 einen Stellenabbau von rund 133 Stellen vornehmen wird. Damit werden die Personalkosten nachhaltig um CHF 19 Mio. reduziert. Zusätzlich werden mittels diversen anderen Strategiemassnahmen weitere 67 Stellen abgebaut. Damit beläuft sich die gesamthafte Reduktion im AFP 2017 - 2020 auf 200 Stellen.

Die Umsetzung der Strategiemassnahmen zeigt allerdings auch, dass die ursprüngliche Vorgabe von CHF 45 Mio. Einsparungen bei den Personalkosten in der anvisierten Zeitspanne bis 2020 nicht in allen Bereichen alleine durch Stellenabbau erbracht werden kann: Insbesondere im Bereich Sicherheit (Polizei) und im Bildungsbereich (Lehrkräfte) ist ein Stellenabbau in diesem Umfang und Zeithorizont entweder nicht erwünscht oder nicht möglich. Bei der Steuerverwaltung wäre ein Stellenabbau mit Ertragsausfällen verbunden. Stattdessen soll der restliche Anteil der geplanten Entlastungen von CHF 27 Mio. durch Kompensationen erbracht werden.

Bereits mit den direktionsübergreifenden Entlastungsmassnahmen im Entlastungspaket 12-15 hat der Regierungsrat eine Überprüfung – wie sie nun vom Postulanten gefordert wird – vorgenommen. Damals wurde eine systematische Gesetzesüberprüfung (Teilprojekt Ü-1a) durchgeführt und die Aufgabenerfüllung des Kantons auf Synergien und Doppelspurigkeiten geprüft (Teilprojekt Ü-1b). In diese Prüfungen eingeschlossen waren auch die Fachstellen des Kantons (Teilprojekt Ü-1e sowie FKD-WOM-1). Insgesamt konnten durch diese Projekte ca. CHF 1.5 Mio. Entlastungen bei Fachstellen erzielt werden. Der Regierungsrat erachtet damit das [Postulat 2010-368](#) von Marianne Hollinger "Grassiert im Kanton eine Fachstellen-itis?" als erledigt und beantragt dessen Abschreibung. Diese wurde dem Landrat mit dem Abschlussbericht zum Entlastungspaket 12-15 beantragt.

Zudem wird der Regierungsrat eine weitere Landratsvorlage zum Thema Aufgabenteilung zwischen den Direktionen vorlegen. Diese behandelt die Postulate 2012-115 "Von VGD zu VSD - Bildung Departement Volkswirtschaft und Soziales" und 2012-254 "Struktur Kantonsverwaltung". Der Regierungsrat wird darin weitere geprüfte Massnahmen der überdirektionalen Zusammenarbeit und Aufgabenteilung vorstellen.

Der Regierungsrat ist überzeugt, dass er mit den abgeschlossenen und den noch umzusetzenden Massnahmen die Personalkosten des Kantons bereits massgebend reduzieren konnte. Er beantragt deshalb das Postulat 2016-281 entgegen zu nehmen und abzuschreiben.